

# Danziger Zeitung.



# Beitung.

№ 15706.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Letterhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Interne Kosten für die Petitsseile oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

## Die Thaten der Zünftler.

Unter den zahlreichen Commissionen, welche der Reichstag in dieser Session eingesezt, ist eine, welche sich mit der schwierigen Aufgabe beschäftigt, dem Handwerk den "goldenen Boden" wieder zu bereiten, dessen dasselbe sich angeblich zur Zeit der Zünftler erfreut hat.

Eine Anzahl Mitglieder der deutsch-conservativen Partei und des Centrums, die Abg. Adermann, Viehl, Hartmann, Hize u. s. w. haben bekanntlich einen Gesetzentwurf betr. die Einführung des Besitzungsnauchweises für Handwerker eingebracht und die Commission ist eifrig beschäftigt, die Handwerke festzustellen, in welche die Zulassung nur gegen Führung des Besitzungsnauchweises erfolgen soll, und zu bestimmen, in welchen Formen und unter welchen Voraussetzungen die erforderliche Prüfung abgelegt werden kann. Die Vertreter der Regierung beschließen den Vorschlägen der Abg. Adermann u. Gen. gegenüber eine ablehnende Haltung. Die Mitglieder der Reichspartei, die Nationalliberalen und die Freisinnigen, welche der Commission angehören, bemühen sich von Sitzung zu Sitzung, die Vorschläge der Zünftler als praktisch unausführbar nachzuweisen; aber die angeblich wahren Freunde des Handwerks, die Deutschenconservativen und die Mitglieder des Centrums, welche sich bei der einmal beliebten Zusammenfügung der Commission in der Majorität befinden, lassen sich durch Gründe nicht erschüttern. Bei allen bisherigen Versuchen, das Handwerk zu beglücken, ist stets darauf hingewiesen worden, daß bei der heutigen Entwicklung der Production eine feste Grenze zwischen Handwerks- und Fabrikbetrieb nicht zu ziehen sei. Die conservativ-clericalen Mehrheit der Commission hat auch diese Aufgabe gelöst, indem sie folgendes schon einmal am Donnerstag erwähnte Definition in ihren Gesetzentwurf aufgenommen hat:

"Als handwerksmäßige Betriebe gelten in dieser Beziehung (beständig des Besitzungsnauchweises) solche, bei denen es sich um Fertigkeiten handelt, welche die Ausbildung im Gewerbe durch Erlernen und längere Verwendung in demselben erfordern und welche — wenn es sich um Herstellung von Sachen handelt — zum Gebrauch des Publikums selbstständig verwendbare Werkstätte wesentlich mit der Hand anzufertigen versteht, Maschinen aber sgar nicht oder nur als Hilfskräfte gebrauchen."

Man muß annehmen, daß die Mehrheit der Commission wenigstens in der Lage sein würde, an der Hand dieser Definition zwischen Handwerk und Fabrik zu unterscheiden; ob auch der Bundesrat von der ihm ertheilten Vollmacht, nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse den gesetzlich vorgeschriebenen Besitzungsnauchweis einzelnen Gewerben zu erlassen oder auch für andere Gewerbe vorzuschreiben, den zweckentsprechenden Gebrauch zu machen im Stande sein würde, wagen wir nicht zu behaupten. Die Commissare des Bundesrats und die Commission scheinen in dieser Hinsicht nicht ganz ohne Zweifel zu sein; aber die Entscheidung steht in letzter Instanz, die Zustimmung des Reichstags zu den Mehrheitsbeschlüssen der Commission vorausgesetzt, bei den verbündeten Regierungen.

Man muß sich unter diesen Umständen die Frage vorlegen, wie sich die Dinge gestalten würden, wenn der Bundesrat sich eines schönen Tages entschließen sollte, den Beschlüssen der conservativ-clericalen Mehrheit des Reichstages zu folgen und das Gesetz betreffend den Besitzungsnauchweis ins Leben treten zu lassen.

An Massenpetitionen zu Gunsten dieses Gesetzes ist kein Mangel. Dagegen verharrt derjenige Theil des Handwerkstandes, der den goldenen Boden des Handwerks nicht von zünftlerischen Wiederbelebungsversuchen, sondern von der eigenen Kraft und Tüchtigkeit erwartet, in einer gefährlichen Gleichgültigkeit. Sie vertrauen darauf, daß die Regierungen sich weigern werden, zu den zünftlerischen Experimenten

die Hand zu bieten. Sie könnten sich freilich täuschen. Durch ihr Schweigen tragen sie dazu bei, die Behauptung der Zünftler, daß der bei weitem größere und regelmäße Theil des Handwerkstandes ihre Bestrebungen unterstützen, als berechtigt erscheinen zu lassen und die Gelehrte über die wirkliche Lage der Dinge zu täuschen.

Sie werden sich nicht beklagen können, wenn der Bundesrat schließlich den Zünftlern Glauben schenkt.

## Deutschland.

Berlin, 19. Febr. Die Zuckersteuervermission des Reichstags nahm in der letzten Sitzung die Strafbestimmungen nach längerer Debatte in folgender Fassung an:

"Fabrikhaber, welche die angeordneten Anschreibungen nicht oder den gegebenen Vorschriften widersetzen oder wider besseres Wissen unrichtig führen, werden mit einer Ordnungsstrafe von 20 bis 300 M. bestraft." Ferner wurde auf Antrag des Abg. Timborn die Vorschrift, daß die Inhaber von Zuckerraffinerien u. s. w. binnen 14 Tagen von dem Betrieb Anzeige machen müssen, auch auf die Maltose-Syrupfabriken ausgedehnt. Die Verpflichtung gewerblicher Betriebe, in denen aus übersteuerten Rüben Süße und zuckerhaltige Produkte gewonnen werden, zur Anzeige wurde, ebenfalls auf Antrag des Abg. Timborn, unter Berücksichtigung der rheinischen Krautfabriken mit dem Vorbehalt angenommen, daß mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse Ausnahmen von diesen strengen Controlvorschriften gestattet werden können. Die Bestimmung, daß die Oberbeamten der Steuerverwaltung die der Anzeigefrist unterworfenen Betriebe zwecks Kenntnisnahme besuchen können, war in der ersten Lesung auf die Zeit von Morgens 6 bis Abends 9 Uhr beschränkt worden. Die Commission beschloß, den Oberbeamten den Besuch jeder Zeit zu gestatten. Wie schon gemeldet, ist eine dritte Lesung redaktioneller Natur vorbereitet.

\* [Einführung von Repeirgewehren.] In den letzten Tagen sind durch die gesamte Presse vielfach Mittheilungen über die Maßnahmen der französischen Heeresverwaltung zur Herstellung eines neuen Infanteriegewehrs gelungen. Mittheilungen, welche sich zum Theil gegenseitig wieder aufheben. Das "B. Tagebl." erklärt nun "aus einer Quelle, für deren Zuverlässigkeit und Sachkenntnis wir einstehen" Mittheilungen machen zu können, welche den Sachverhalt klarlegen. Nach langjährigen und vielfachen Versuchen hat sich die französische Heeresverwaltung zur Annahme eines Repeirsystems für die Infanteriegewehre entschlossen, welches nur die Optirung des bis jetzt geführten Gras-Gewehres notwendig macht. Von der Einführung eines ganz neuen Gewehrs hatte man von vornherein Abstand genommen, und in Concurrenz sind nur getreten die Optirungsvorschläge von Gras und von Bletterli; letzterer wurde verworfen und das von dem Constructeur vorgelegte Optirungssystem ist schließlich angenommen worden. Die Umländerung des Gewehrs, welche in der Gewehrfabrik von St. Etienne in vollem Gange ist, ruft keinerlei Störungen im Dienstbetriebe der Truppen hervor, da die französische Infanterie mit einer vollen Reservegarantie an Gewehren für die Kriegsstärke verfügt ist und diese Reservegarantie zunächst ungeändert wird; auch werden die ballistischen Leistungen des Gewehrs durch die Optirung gar nicht verändert, so daß eine Umländerung der Schiezinstruction mit der Umwechslung der Gewehre bei den Truppen nicht erforderlich wird. In welch bedeutender Art und Weise aber die äußere Umländerung des Mechanismus bewerkstelligt wird, erhellt daraus, daß die Kosten der selben für jedes Gewehr sich auf 25 Francs belaufen, daß ungefähr zwei Drittel des Preises, für welchen ein ganz neues, allen modernen Anforderungen entsprechendes Repeirgewehr für den Kriegs-

gebrauch hergestellt werden kann.

Wir stehen also, resumirt das genannte Blatt,

vor der vollendeten Thatache, daß Frankreich

ein Repeirgewehrsystem angenommen hat und daß die Herstellung desselben in der energischsten Weise

betrieben wird. Hieraus folgt für die anderen Groß-

mächteheere die Notwendigkeit, auch ihrerseits an

eine Umländerung der Gewehre nach dieser Richtung hin heranzutreten.

\* [Das Ergebnis der Volkszählung] vom 1. Dezember 1885 steht für den preußischen Staat nunmehr fest. Die ortsanwesende Bevölkerung war am 1. Dezember 1885 auf 28 314 032 Personen gekommen und hat sich innerhalb der letzten fünf Jahre um 1 084 921 Personen, d. h. um 3,79 Proc. vermehrt. Die Volkszählung ist diesmal etwas geringer als in der vorhergegangenen Zählungsperiode gewesen. Seit 1867, wo der preußische Staat (Pauenburg eingeschlossen) im Wesentlichen bereits seine jetzige Ausdehnung erlangt hatte, vermehrte sich seine Bevölkerung um 4 292 592 Personen oder 17,87 Proc. jährlich um 0,918 Proc. Dagegen stellte sich die Volkszählung in den größeren europäischen Staaten, soweit darüber Nachrichten vorliegen, in derselben Zeit folgendermaßen: In Österreich-Ungarn stieg die Volkszahl von 35 904 000 am 31. Dezember 1869 auf 37 883 000 am 31. Dezember 1880, mithin im Durchschnitt jährlich um 0,49 Proc. In Italien ergab die Zählung vom 31. Dezember 1871 26 801 000, die vom 31. Dezember 1881 dagegen 28 459 000 Köpfe, mithin eine durchschnittliche jährliche Zunahme um 0,60 Proc. In Frankreich (ohne Algerien und die Colonien, aber in der jetzigen Abgrenzung) betrug die ortsanwesende Bevölkerung am 31. Dezember 1866 36 595 000 und am 31. Dezember 1881 37 405 000 Personen, die jährliche Zunahme mithin im Durchschnitt 0,15 Proc. In Großbritannien mit Irland stellte sich die Volkszahl am 3. April 1871 auf 31 817 000 und am 4. April 1881 auf 35 173 000 Köpfe, die jährliche Zunahme demnach auf durchschnittlich 1,01 Proc. Im europäischen Russland betrug die Volkszahl im Jahre 1867 71 195 000 und im Jahre 1880 85 059 000, mithin die jährliche Zunahme durchschnittlich 1,38 Proc. Nur in Großbritannien und in Russland ist hier nach die Volkszählung während des in Betracht gezogenen Zeitraumes etwas größer gewesen als im preußischen Staat, selbst während der letzten Zählungsperiode.

\* [Die neuene Flaggenhissung in Ostafrika] durch Herrn Professor Lucas wird in der "Elberfelder Zeitung" damit gerechtfertigt, daß Professor Lucas für die Gesellschaft durch einen rechtsgültigen Tag die Rechte des Sultans von Gassi aus dem alten Herrscherstaat der Moara von Mombasa für die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft habe abtreten lassen. Zu Conflicten könne dieser Act schon deshalb nicht führen, weil die internationale Schiedsrichter-Commission auch über den Umgang dieser Rechte definitiv entscheiden werde. Spreche die Commission dem Sultan von Gassi das Recht zum Vertragsabschluß ab, so sei die Sache auch für die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft erledigt; andernfalls würde wohl der Sultan von Zanzibar ohne Widerrede nachgeben. "Wohl!" Was es übrigens mit den "rechts gültigen Verträgen" auf sich hat, ist aus Herrn Peters eigenen drastischen Schilderungen genügend bekannt.

\* [Zur Polenvorlage], bezüglich des Gesetzentwurfes über Anstellung und Befreiung der Impfärzte in der Provinz Posen, geht der "Pos. Blg." von einem dortigen deutschen Arzte Folgendes zu:

Es ist geradezu erstaunlich, wie man zur Klüft der Gesetze greifen kann um eines so unbedeutenden Zwecks willen, wie es der ist, etwa zwanzig oder dreißig Aerzten polnischer Nationalität das Impfgeschäft noch früher aus Händen nehmen zu können, als es nach Einführung einer allgemeinen Impfzession möglich sein wird. Es liegt auf der Hand, daß die so Gemahregelten dann einen um so festeren Halt in der Bevölkerung gewinnen werden,

mehr lieben kann als ich, und vielleicht wenige so aufrichtig und treu."

Einen Augenblick wurde sie unschlüssig bei den schlichten Worten, die aus der Tiefe eines edlen Herzens drangen. Komme sie? Würde es ihr möglich sein? Sie ließ die Hände sinken und blickte zu ihm auf. Er war wenig größer als sie — kaum daß sie den Kopf erheben mußte. Aber während sie ihn ansah, stellte sich ein anderes — ein schöneres Gesicht vor ihr inneres Auge — ein Antlitz, in dem mehr Poësie, Leidenschaft und Romantik lag. Er bemerkte ihr Zögern, ihren felsartig zweifelnden Blick. Fast schien es, als erriethe er ihre Gedanken. "Sylvia", fragte er eindringlich, "lieben Sie mich?"

"Nein", stammelte sie, "nicht, wie Sie mich lieben. Nicht, wie Sie verdienten geliebt zu werden. Nicht, wie ich Sie lieben müßte, wenn ich Ihr Weib würde."

Glauben Sie, daß Sie jedahing gelangen könnten, mich so zu lieben?" fragte er von neuem. "Ich würde mich nicht mit einem getheilten Herzen begnügen, voll und ganz müßte es mir entgegenklagen; jedes Ihrer Gefühle müßte mir gehören. Aber geduldig will ich warten, jahrelang warten, wenn ich hoffen könnte. Sie eins mein zu nennen."

Wieder zögerte sie. Er stand so ruhig vor ihr, daß sie nicht ahnen konnte, mit welcher Energie er den Sturm der Gefühle in seiner Brust unterdrückte. Eine leise Hoffnung begann sich wieder in ihm zu regen. Schweigend, in atemloser Spannung beobachtete er sie. Wie würde ihre Antwort lauten?

"Nein", sprach sie endlich tonlos. Große Thränen rollten ihr langsam über die Wangen und ein Zug so aufrichtiger Bekümmerung prägte sich in ihrem feinen Gesicht aus, daß er momentan das eigene Leid, in der Trauer über die Pein, welche er ihr bereitete, vergaß. "Nein." Und darauf, als jenes andere, strahlende Gesicht in noch greifbarerer Deutlichkeit vor ihr auftauchte, bedeckte sie von neuem ihr Antlitz mit den Händen und flüsterte: "O nein, niemals!"

der sie den Wegfall eines kleinen Nebeneinkommens wird leicht verschmerzen lassen. Im Interesse einer so guten Sache, wie die Impfung ist, liegt es nicht, Württemberg aus den ungebildeten Ständen, welche ohne dies auf die Impfung nicht gut zu sprechen sind, Impfzölle aufzunehmen, die ihre Sprache nicht verstehen. — Die Zahl der deutschen Aerzte der Provinz überträgt übrigens diejenige der polnischen wenigstens um ein Drittel."

\* [Der Schiffswerk in Kamerun] gestaltete sich im vorigen Jahre wie folgt: Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1885 liefen ein: deutsche Dampfer 29, deutsche Segler 1; englische Dampfer 23, englische Segler 4. Im gleichen Zeitraume liefen aus: deutsche Dampfer 32, deutsche Segler 2; englische Dampfer 22, englische Segler 4. Zusammen eingegangen: 52 Dampfer, 5 Segler; ausgegangen: 54 Dampfer, 6 Segler.

\* [Aus dem Hinterland von Kamerun] Über eine Expedition zur Erforschung der Hinterländer von Kamerun berichtet der im vorigen Jahre in das auswärtige Amt nach Berlin berufene Dr. B. Schwarze aus Freiberg dem "Dresdener Anzeiger", daß er im November vorigen Jahres von Victoria aus nach dem Innern aufgebrochen sei, um die Handelsstraße nach dem Calabarflusse zu erforschen. Unterwegs mußte er seinen Begleiter, den Gardistenleutnant v. Brittwitz-Gaffron, der stark am Fieber litt, zurücksenden. Schließlich verhinderte ein Angriff durch 500 bewaffnete Neger den Reisenden, den oberen Calabar zu erreichen, so daß er zur Umkehr nach der Küste gezwungen wurde. Schwarze erzählt, daß das Gebiet der Bafutini entdeckt zu haben, die bisher der Welt noch nicht einmal dem Namen nach bekannt waren.

Berlin, 19. Febr. Der Bericht der krohnprinzipialen Familie auf der Eisbahn am Neuen See überaus anheimelnd. Wenn die Herrschaften eine Zeit lang gelauft sind, werden die mitgenommenen Speiseforelle entleert und backt sich und sieht Alles im Kreise herum, die dargebotenen Früchte zu genießen. Es ist, als ob eine volksthümliche Landpartie auf dem Eis stattfindet, und namentlich hat der Kronprinz seine Freunde daran, die silbernen, mit Wein gefüllten Becher den Damen präsentieren zu können. Die kleine improvisierte Familientafel lockt täglich Tausende von Schaulustigen herbei.

\* [Der angedrohte partielle Strick der Mantelräuberinnen], deren es in Berlin 15—18 000 geben soll, ist aufgehoben. Die Saison soll einerseits schon zu weit vorgeschritten sein und andererseits ist die Organisation der Arbeiterinnen noch sehr schwach, vor allen Dingen fehlt es an den nothwendigen Unterstützungs geldern. Deshalb will man erst einen Stricks fond sammeln, im Herbst denkt man dann mit den partiellen Stricks vorzugehen.

Liegnitz, 18. Februar. Dieser Tage hat in Liegnitz die Bildung eines Provinzial-Verbandes der schlesischen Ortsgruppen des Allgemeinen deutschen Schulvereins stattgefunden. Breslau wurde zum Vorort und Prof. Röppel zum Vorsteher gewählt. In den letzten Monaten hat sich in Schlesien, das sich bis dahin sehr reservirt gegen die Schulvereinsbewegung verhielt, ein recht reges Interesse für den Schulverein gezeigt. Auch in der sächsischen Oberlausitz nimmt die Beteiligung zu, und wie die "Bautz. Nachr." berichten, gehört ein nicht unerheblicher Bruchteil der Bautzener Ortsgruppe der wendischen Bevölkerung an, die ja aus eigener Erfahrung weiß, wie schwer es ist, die Muttersprache unter einer andersredenden Bevölkerung zu behaupten.

Frankfurt a. M., 18. Febr. Die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich gestern in sehr lebhafter Discussion mit der schon erwähnten Belegerung des Magistrats, den früheren Beschlüssen der Versammlung gegen das Brannweinmonopol beizutreten. Schließlich gelangte folgender (schnur kurz telegraphisch gemeldete) Antrag zur Annahme:

"Die Stadtverordneten-Versammlung wiederholt ihre Erklärung vom 26. Januar a. e., daß das pro-

Einen Augenblick herrschte tiefe Stille zwischen ihnen, obgleich Lust und Wald von tausend fröhlichen Stimmen widerhallten: ein Voglein lief lustig plaudernd über die moosige Halde zu Thal, die Blätter rauschten in leisem Wehen und die Vögel sangen in den Wipfeln der Bäume ihr Abendlied. Prentiss war es, der zuerst das Schweigen unterbrach.

"Wollen Sie mir Lebenwohl sagen, Sylvia?"

"Sie geben fort? Fort?"

"Nein, nicht vor morgen, wie Sie wissen. Aber dennoch will ich Ihnen in dieser Stunde Lebenwohl sagen, in der ich die Hoffnung, mit der ich herkam, in der ich meinen schlichten Lebenswunsch begraben habe. Wollen Sie mir nicht die Hand zum Abschied reichen? Und würde es Ihnen schwer fallen, mich ein einziges Mal Ned zu nennen? Ich möchte meinen Namen so gern von Ihren Lippen hören!"

"Ned, Ned", rief sie, ihm mit einer stürmischen Bewegung beide Hände hinreichend. "Vergeben Sie mir."

Er nahm ihre Hände sanft in die seinen und umschloß sie mit leisem Druck.

"Ihnen vergeben?" sagte er. "Ich habe nichts zu vergeben. Sie thaten nichts dazu, die Liebe in mir zu erwecken. Es ist nicht Ihre Schuld, daß sie so mächtig in mir emporgewachsen ist, bis sie mein ganzes Herz erfüllte. Sie trifft kein Vorwurf. Und nun — leben Sie wohl, mein Liebling! Gott behüte Sie!"

Er ließ ihre Hände sinken, trat einige Schritte zurück und erleichterte sich die geprefte Brust durch einen tiefen Atemzug. Dann wandte er sich ruhig wieder zu ihr und bot ihr den Arm.

"Lassen Sie uns heimkehren", sprach er mit seiner gewöhnlichen Stimme. "Dies war alles, was ich Ihnen zu sagen wünschte."

Und sie nahm seinen Arm und ging schweigend an seiner Seite durch den schönen Schwarzwald nach Hause. (Fort. folgt)

Der Ritter des Schwarzwaldes.  
Eine Skizze aus dem Badeleben von G. D. Litchfield.  
12 Deutsch von B. R. Nachdruck verboten.

11. Kapitel.  
"Miss Sylvia", sprach Prentiss plötzlich am Nachmittage vor seiner festgesetzten Abreise

lectierte Brautwürttemberg die Interessen zahlreicher bürgerlicher Bürger, sowie auch die Interessen bürgerlicher Stadtgemeinde schädigt, daß daher die städtischen Behörden energisch Stellung gegen dessen Einführung nehmen sollen. Die Verhandlung bedauert lebhaft, daß der Magistrat sich dem Beschlusse vom 26. Januar nicht angelöste hat.

Strasburg, 17. Febr. Der Stat der Tabakmanufaktur bildete gestern den Gegenstand der Tagesordnung der Plenarsitzung des Landesausschusses. Die Debatte wurde von dem Abg. Baron Born von Bulach (Sohn) eröffnet, welcher die Ansicht ausführte, daß die Rentabilität der Manufactur gegen das Vorjahr zurückgegangen sei, daß sie ihren Zweck dem Lande, insbesondere dem Tabakbau gegenüber, nicht mehr erfülle, daß der Stock der Cigarren mit großen Verlusten veräußert werde und die Lage des Instituts einer langsamem Liquidation gleiche. Der Unterstaatssekretär Dr. v. Mayr trat diesen Ausführungen im Einzelnen entgegen, indem er sich auf die eingehenden Darlegungen bezog, welche in der Commission gemacht worden seien; die Rentabilität sei im letzten Jahre gerade gewachsen, und auch der Bericht der Commission constatire ausdrücklich, welch wichtiger Factor die Manufactur für den Tabakbau des Landes sei; die mit den Thatsachen nicht übereinstimmenden Behauptungen, daß der Cigarrenstock mit Verlust veräußert werde, und daß die Lage des Instituts einer langsamem Liquidation gleiche, müßten der Manufactur schaden, und es sei deshalb im geschäftlichen Interesse wie im Interesse der Steuerzahler geboten, diese Behauptungen zurückzuweisen. Nach einer weiteren Debatte wurde der im Stat eingestellte Überfluß von 500 000 Ml. genehmigt.

#### Oesterreich-Ungarn.

\* [Nach 37 Jahren!] Der ungarische Reichstag-Abgeordnete Stephan Huszar gab am 15. Febr. Abends in Budapest einen Thee-Abend, an welchem — wie „Föv. Papó“ berichten — die Gäste Zeugen einer erregenden Szene waren. Arthur Görgey und General Klapka sind einander nach 37 Jahren bei dieser Soirée wieder begegnet. Sie waren einst die besten und intimsten Freunde, das Schicksal und Meinungsverschiedenheiten haben sie jedoch von einander entfernt. Sie waren junge Leute, als sie im verhängnisvollen Sommer 1849 zum letztenmal in Komorn beisammen waren. Hier trennten sich ihre Wege. Der eine entfernte sich an der Spitze des Heeres und ging der Waffenstreitigung bei Vilagos entgegen, während der andere in der Festung blieb, um sie zu verteidigen. Heute sind beide Freunde, deren Wiedersehen nach einer so langen Trennung auf die Anwesenheit eines tiefen Eindruck machte. Klapka war bereits anwesend, als Görgey erschien. Klapka eilte Legerem entgegen, ergriß beide Hände Görgeys und sagte gerührt: „Ich freue mich sehr. Dich wiedersehen zu können, alter Kamerad, und Dir mit freundsaftlicher Wärme die Hand zu drücken, ehe ich ins Grab steige. Wir hätten einander lange, sehr lange vorher wieder begegnen sollen, da wären viele bittere Mißverständnisse erspart geblieben.“ Görgey erwiderte: „Fürwahr, lieber Kamerad, wir waren dieses Wiedersehen der guten alten Freundschaft schuldig, der Sache, welcher wir treu dienen, und jenen Freunden, die unsere Zusammenkunft wünschten.“ Unten den Gästen waren auch viele ehemalige Honved-Offiziere anwesend.

#### Frankreich.

\* Wie der Pariser „National“ meldet, wird binnen Kurzem die Mont-Genis-Bahn durch doppelte Geleise und größere Geschwindigkeit der Gotthardbahn Konkurrenz machen.

#### England.

London, 18. Febr. Im Unterhause erklärte heute der Premierminister Gladstone noch, er werde am Montag die Verweisung der Frage betreffend die Geschäftsordnung an einen besonderen Ausschuß beantragen. Der Entwurf der Adresse an die Königin werde, vorbehaltlich einiger rein redaktioneller Änderungen, von der Regierung acceptirt. Die Bill, betreffend die schottischen Kleinbauern, werde ehe baldigst vorgelegt werden, alsdann seien die Nachtragscredite und die Stats für das Heer und Marine zu berathen.

London, 18. Febr. Die auch von der „St. James-Gazette“ erwähnten Gerichte von dem Rücktritte Chamberlain's oder von Meinungsverschiedenheiten, die zwischen ihm und den anderen Cabineatsmitgliedern beständen, sind, wie das „Reuter'sche Bureau“ erfäßt, unbegründet. (W. T.)

#### Norwegen.

Christiana, 18. Febr. Der Storting ist heute vom König in Person eröffnet worden. (W. T.)

Türkei.

\* Das türkische Panzerschiff „Mossoudieh“ ist zur Bewachung der Dardanellen gegen einen griechischen Überfall dahin abgegangen. — Die im Mustapha-Pasha an der ostromelischen Grenze stationirten gewissen türkischen Truppen haben Befehl erhalten, gegenüber Vranja an der serbischen Grenze Stellung zu nehmen.

#### Negypten.

Kairo, 16. Februar. Generalmajor Grenfell meldet, daß neuere Nachrichten aus Kordofan aufzeigt die ägyptischen und die schwarzen regulären Truppen die rebellischen Dervische angegriffen haben. Viele der letzteren wurden getötet. Der in Aussicht genommene Vormarsch des Mahdistenführers Abd-el-Naimi, von Verber, ist infolge der auf die Rebellen durch ihre Niederlage in Ginnis erzeugten Wirkung nicht zu Stande gekommen.

#### Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. Februar. Reichstag. Vor der Tagesordnung bestreitet Abg. Dirichter nach einem Brief des Prof. Eulenburg Graf Behrs Beschuldigungen gegen den verstorbenen Abg. Hüter betreffs Wahlbestechung von Wirthen. Abg. Behr erklärt hierauf, er habe keine Chorverteilung Hüters ansprechen wollen. In der Erregung habe er allgemeine Behauptungen betreffend die Versammlungen Hüters gemacht, für einzelne Fälle halte er an der Glaubwürdigkeit seiner Gewährsmänner fest, bis der Gegenbeweis erbracht sei. (Hört, hört! links.)

Das Hans tritt darauf in die Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des Socialisten-

gesetzes, ein.

Minister v. Puttkamer schließt die Verantwortung für die Folgen einer Ablehnung des Socialisten-gesetzes auf die Majorität. Die Regierung habe ihrer Pflicht genügt, sie wolle das Land vor den revolutionären Formen der sozialdemokratischen Agitation bewahren. Die Fortdauer des Ausnahmestandes würde die Socialdemokratie in gefestigte Bahnen leiten, in einem Gährungs-prozeß befindet sie sich schon. Gegenüber der gestrigen Behauptung des Abg. Singer, Beamte der politischen Partei würden zu Agents provocateurs verwendet, verließ der Minister ein Protocoll, worin

der von Singer benannte Beamte Ihring zugestellt, daß er sich in einem Bezirksverein habe aufnehmen lassen, um die Socialdemokraten zu überwachen; sonst sei er aber passiv gewesen und habe die von Singer behaupteten Aeußerungen nicht gehabt. Der Minister erklärt, da der Beamte unbescholten sei, siehe Behauptung gegen Behauptung, daher erwarte er von Singer die Rennung von Zengen, um dann eine gerichtliche Untersuchung einzuleiten.

Abg. Meyer-Halle (freis.) widerlegt in ruhiger Weise die Behauptungen des Ministers, mit denen derselbe den Abg. Bamberger und mehrere seiner Freunde der Inconsequenz gezeichnet hatte. Wenn diese damals für das Gesetz stimmten, so hätten sie geglaubt, eine Medizin sei nothwendig, jetzt sei ervielen, daß dieselbe ohne Heilwirkung sei. Redner beleuchtet die Art der Ausführung des Socialisten-gesetzes und die unberechtigte Schließung der socialdemokratischen Breslauer Druckerei, welche mit dem Gesetz ganz unvereinbar sei; er zeigt die Verwerflichkeit des Spittelthums, das für jede Verwaltung ein schlechtes Zeichen sei, und geht auf die schädliche Einwirkung der Ausweisungs-mafregel ein, bei welcher Willkür herrsche. Die Unzulänglichkeit des Verbots der sozialdemokratischen Schriften, die jetzt vom Ausland hereinkommen, zeige, daß das Anwachsen der sozialdemokratischen Partei die direkte Folge von alledem sei.

Minister v. Puttkamer rechtfertigt sich abermals betreffs der Agents provocateurs, die er niemals angestellt habe. Auf geheime Action könne in dem keine Polizei verzichten. Redner versucht gegenüber Meyers Ausführungen den Nachweis von der Wirklichkeit des Gesetzes, dessen Fortdauer er schließlich zu bewilligen bittet.

Bundesrats-Bevollmächtigter für Hamburg, Senator Versmann, widerlegt einzelne von dem Abg. Frohne bezüglich der Ausweisungen behauptete Thatsachen, Rohheiten Seitens Beamter seien dabei nirgends vorgekommen. Redner wird von den sozialdemokratischen Abgeordneten oft stürmisch unterbrochen, was der Präsident wiederholt rügt.

Abg. Schleiermann (cons.) hält unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Jagdverlängerung auf 10 Jahre für angemessener als eine solche auf 5; ein entsprechender Antrag wäre allerdings aussichtslos. Redner röhrt die Bestimmungen des Socialistengesetzes als milde und bittet, dasselbe anzunehmen. Er bezieht sich dabei darauf, daß der Kaiser selbst die Fortdauer für nothwendig hält.

Abg. Windhorst hält die Hineinziehung des Kaisers in die Debatte nicht für glücklich. Auch die Gegner des Gesetzes hätten dieselbe Ehrebitzung und Liebe zu dem Kaiser, wie die Freunde der Vorlage (Lebhafte Zustimmung auch bei den National-liberalen). Windhorst bestreitet gegenüber Bebel's strenger Behauptung, daß das Centrum dem Gesetz sympathisch sei; es sei vielfachhaft, ob die Majorität dafür sei, deshalb ernähne er die Regierungen dringend, diesmal auf eine Amendment einzugehen, welche das Gesetz mildere. Er beantragt Commissionsberatung, um seine Amendements (vergl. dieselbe in der gestrigen Abend-Ausgabe D. R.) vorzubringen und ein Übergangsstadium herzustellen. Für die Dauer darf die Gesetz nicht bleiben, hierfür sei im Volke kein Bedürfnis vorhanden. Der Jägerin, zu glauben, ein Appell an das Volk würde zur Annahme des Gesetzes führen, sei nur um so größer Angesichts des Monopols, welches gerade Propaganda für die Socialdemokraten mache.

Abg. Marquardsen (nat.-lib.) plädiert ebenfalls für Amendements und Commissionsberatung und verweist die Begründung der 5jährigen Dauer. Im Übrigen werde seine Partei für das Gesetz stimmen.

Abg. Geiser (soc.) erklärt, seine Partei vertrage Commissionsberatung stimmen. Der Abg. rechtfertigte den „nützlichen Beamten“ Ihring; er halte eben im Kampfe gegen die Socialdemokraten jedes Mittel für recht. Das Socialistengesetz sei nicht nur gegen diese gerichtet, sondern sei auch ein Kampfesmittel der Anhänger der absoluten Monarchie gegen die Constitution und den modernen Liberalismus, wie auch der Reichskanzler unzweideutig zu erkennen gegeben.

Abg. Singer (soc.) bemerkt persönlich: Der Minister hat meine Ausführungen in gleicher Linie gestellt mit denen eines von ihm selbst als Polizei-Spinne bezeichneten Mannes. Ich frage den Minister: Sind die Reichstagsabgeordneten Pariahs, deren Wahrhaftigkeit man in dieser Weise anzweifelt? Ich nenne dem Minister auf einen Wunsch vorläufig die Namen zweier Zengen; jedoch werde ich bei der gerichtlichen Verhandlung nennen, damit nicht alle diese Zengen auf einmal angeklagt werden und dann als Angeklagte ohne Zeugen sind. Singer überreicht dabei den Minister einen Zettel.

Die Vorlage wird darauf an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen. Die nächste Sitzung findet Sonnabend statt. Tagesordnung u. a. Nordostseecanal.

Berlin, 19. Febr. Im Abgeordneten-hause wurde heute der Bericht über die bisherige Ausführung verschiedener Gesetzesbestimmungen und über den Erwerb von Privateisenbahnen an die Budget-commission zur Vorberathung überweisen und sodann der Satz der Eisenbahnverwaltung berathen.

Abg. Goldschmidt (freis.) bittet um Fahrpreisermäßigung für Vereine und wird hierin von dem Abg. Letocha (Centr.) unterstützt.

Abg. Büchtemann (freis.) bezweifelt, ob bei der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft die Einnahmen des Staats aufgebracht werden können. Minister Maybach hingegen versucht an der Hand eines reichen Materials nachzuweisen, daß die Voransetzungen des Staats berechtigt sind. Abg. Berger (lib.) hebt hervor, daß die Einnahmen gewisser wichtiger Eisenbahn-Direktionen höher angezeigt seien als die der östlichen, deren Netz größer sei. Minister Maybach erkennt gewisse Nebenstände im Betriebe an.

Abg. Erdmannstein wünscht die Einrichtung schnellerer Züge auf der Ostbahn. Abg. Kiesche (freis.) meint, zu geringe Einnahmen aus dem Personenverkehr seien die Folge überflüssiger und luxuriöser Bahnhofsbaute. Abg. Schmidt-Stettin (freis.) bittet um besseren Schalterdienst und empfiehlt die Regelung der Übertragbarkeit der Reisewertscheine. Die Titel werden darauf bewilligt. Dann vertrat sich das Hans auf Sonnabend.

Dem Kaiser ist der Besuch des gestrigen Ballfestes, wo er bis 12 Uhr verweilt, gut bekommen.

Im Bundesrat haben Hamburg und Bremen gegen das Monopol gestimmt, Bayern, Württemberg und Baden sich der Abstimmung enthalten.

Der „Post“ zufolge steht die Berufung des Staatsrates bevor.

Eine gestern hier abgehaltene Frauen-Versammlung wurde wegen Religionsverspottung aufgelöst, nachdem sie bis Mitternacht gedauert hatte. Abg. Graf Herbert Bismarck, welchem aus seinem Wahlkreis Lauenburg eine Petition gegen das Monopol zugegangen ist, erklärt in der „Lauenburger Landeszeitung“, wenn das Monopol abgelehnt werde, so würde eine Erhöhung der Gewerbe-

steuer und damit eine größere Last für die Gastwirthe eintreten. Er selbst wolle daher lieber für das Monopol stimmen, wenn auch einzelne Bestimmungen desselben diskutierbar seien.

Die „Nord. Allg. Zeit.“ widerlegt die Ausführung der „Germania“, daß die neue Kirchen-vorlage eine Errungenchaft des katholischen Volks und von der Regierung nicht freiwillig gewährt sei. Die Absicht des Entgegenkommens datirt vielmehr zurück schon bis zu dem Rücktritt Falks.

Mainz, 19. Febr. Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung hat sich gleichfalls gegen das Monopol erklärt.

Wien, 19. Februar. Der Porträtmaler Josef Aigner hat sich in einem Anfall von Geistesförmung erhangt; er war 63 Jahre alt.

Paris, 19. Febr. (W. T.) Die Commission der Kammer, welche zur Vorberathung des Antrags auf Ausweisung der Prinzen eingezogen ist, hat nach Anhören des Ministers mit 10 gegen 7 Stimmen den Ausweisungsantrag abgelehnt, dagegen mit 11 gegen 6 Stimmen den Antrag Rivets angenommen, welcher dem Ministerium das Recht der Prinzenausweisung verleiht, falls die Umtriebe derselben die Sicherheit des Staates gefährden.

#### Danzig, 20. Februar.

\* [Sorge für das Wild.] In Bekräftigung einer früheren Zuflucht an die Redaction schreibt man uns aus wdmännischen Kreisen: Die Klagen über die Noth des Wildes mehren sich, sowohl in den Tagesblättern als in den Jagd-Zeitschriften, und noch ist das Ende der Noth nicht abzusehen, da der Schnee noch lange liegen bleibt kann. Nicht die Kälte allein macht den Winter zu einem strengen für das Wild, denn darin dürfte der seitige wohl nicht gerade streng zu nennen sein, sondern namentlich der gefrorene Schnee, der Wochen lang eine starke Kruste hat, wie das jetzt der Fall ist. Wer seine Jagd liebt hat, der sorgt auch gewiß für sein Wild. Namentlich die Bevölkerung von größeren Waldungen thut das irgende und verleiht gewiß täglich die verborgnen Plätze mit Hen, Lupinen, Körnern und lassen Aspen fallen zu. Die Jagdwälder müssen dasselbe thun und für das Wild auf ihrer Jagd, wenn sie auch nur klein ist. Sorge tragen. Wer nichts thut, der kann auch keine gute Jagd im nächsten Herbst erwarten, da namentlich die Hühner unschätzbar verloren gehen, nicht nur durch Hunger und Frost, auch durch die Raubvögel, wenn sie in ihren Höhlen aufgescharrten Verstecken im Schnee nicht gedrängt und halb erschrocken zusammenstoßen.

A. Struthof, 18. Febr. Heute Nachmittag wurde vor einigen Tagen im 78. Lebensjahre verstorbene hiesige Amts- und Gemeindediener Peter Hoog zur letzten Ruhe geleitet. Ungefähr 40 Jahre hindurch hat der Beruf seine in stets nüchternster Weise mit menschlicher Gewissenhaftigkeit die Pflichten seines Amtes erfüllt. Die Leiche folgte ein zahlreiches, den besseren Ständen angehöriges Publikum.

○ Ewerlingsdorf, 18. Febr. Heute Nachmittag wurde der vor einigen Tagen im 78. Lebensjahre verstorbene hiesige Amts- und Gemeindidiener Peter Hoog zur letzten Ruhe geleitet. Ungefähr 40 Jahre hindurch hat der Beruf seine in stets nüchternster Weise mit menschlicher Gewissenhaftigkeit die Pflichten seines Amtes erfüllt. Die Leiche folgte ein zahlreiches, den besseren Ständen angehöriges Publikum.

○ Marienburg, 19. Febr. Auf Veranlassung der königl. Regierung zu Marienburg werden gegenwärtig von den Amtsvertretern des Stuhmeyer'schen Gutsbezirks darüber angestellt, welche Gutsbezirke die rechte Natur nach als selbstständige Gutsbezirke tragen. Verordnung oder in Folge sonstiger gesetzlicher Bestimmungen zu betrachten sind. Nicht selten sind vorliegenden Fällen bei Behandlung von Gutsbezirken Ungleichmässigkeiten und Rechtsunsicherheiten zu Tage getreten, so daß eine genaue Feststellung nach jener Richtung hin nothwendig erscheint. Nach dem soeben erledigten Rechenschaftsbericht des hiesigen Gutsbezirks aus 1885 beliefern sich die Einnahmen und Ausgaben auf je 2105.42 M. Der hiesigen Fortbildungsschule sind 100 M überwiesen worden, ebenso sollen dieser Anfall die Binsen, welche sich aus dem 5000 M. bestreitenden und verzinslich angelegten Überbetrieb der Einnahmen von der Gewerbeausstellung ergeben, regelmäßig zu Gunsten kommen.

\* \* \* Eilehne, 18. Februar. An dem benachbarten Pädagogium Ostrau fand am 15., 16. und 17. Februar unter Vorise des Provinzialschulrats Polte aus Polen ein Eröffnungspräparat statt. Von 27 zur Prüfung zugelassenen Jünglingen bestanden 26 dieselbe in dem 5000 M. bestreitenden und verzinslich angelegten Überbetrieb der Einnahmen von der Gewerbeausstellung ergeben, regelmäßig zu Gunsten kommen.

Die Vorlage wird darauf an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen. Die nächste Sitzung findet Sonnabend statt. Tagesordnung u. a. Nordostseecanal.

Berlin, 19. Febr. Im Abgeordneten-hause wurde heute der Bericht über die bisherige Ausführung verschiedener Gesetzesbestimmungen und über den Erwerb von Privateisenbahnen an die Budget-commission zur Vorberathung überweisen und sodann der Satz der Eisenbahnverwaltung berathen.

Abg. Goldschmidt (freis.) bittet um Fahrpreisermäßigung für Vereine und wird hierin von dem Abg. Letocha (Centr.) unterstützt.

Abg. Büchtemann (freis.) bezweifelt, ob bei der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft die Einnahmen des Staats aufgebracht werden können. Minister Maybach bestätigt dies. Abg. Erdmannstein, dem soeben die Abstimmung verloren ist, vertritt die Meinung, daß bei einer solchen Einnahmensteuer die Einnahmen nicht wieder schädliche Dinge in den Brannwein hineinkommen, zumal der Geschmack so sehr verändert ist. Die Belästigung des Brannweinconsists durch Maßregeln der Monopolverwaltung wird aber immer an der Rückfläche auf den Ertrag scheitern. Geht der Consument zurück, so vermindern sich die Einnahmen und die Rücksicht auf die Moralität kommt in einen steten Conflict mit dem fiscialischen Interesse. Es ist sehr wahrscheinlich, daß in diesem Conflict das moralische Interesse sehr oft unterlegen wird. Die Erfahrungen anderer Staaten bestätigen dies. Nirgend in der Welt hat die Brannweinpest einen solchen Umfang erreicht als in Russland, das lange Zeit die Einrichung des Monopols befohlen, seit einigen Jahren aber aufgegeben hat. Nur in einigen Provinzen dieses Reiches, in denen der Brannwein nicht monopolisiert war, waren die Zustände besser und sind es geblieben.

Ebenso hinsichtlich ist die Hoffnung, der Landwirtschaft Hilfe zu bringen. Es ist keine Frage, daß die Brennereigüter in ihrem Werthe steigen werden, denen jetzt das Privilegium der Brennerei verliehen wird. Dieser Vortheil verschwindet aber sofort mit einem Betriebsende. Der glückliche erste Besitzer des Privilegiums wird sich dasselbe von seinem Nachfolger gewiß preiswürdig bezahlen lassen und der zweite Besitzer wird nicht besser daselben als der erste vor Einführung des Monopols. Wieviel Landwirtschaft ist denn aber überbaut an der Brennerei beteiligt? Nach einer Zusammenstellung, die ich neulich gelesen, für deren absolute Richtigkeit ich aber keine Verantwortung übernehme, kann es höchstens der 26. Theil der Ackerfläche, der mit Kartoffelbrennerei in Verbindung steht; noch nicht 4 % derselben. Die übrigen 96 % sind nur indirekt bei der Kartoffelbrennerei interessant und würden durch das Monopol geschädigt werden. Wenn es richtig ist, daß die Kartoffelbrennerei das Hauptmittel ist, um unseren armen Böden eine angemessene Rente abzuwinnen, so kann dies Mittel nur bei freier Brennerei wirksam werden. Nach Einführung des Monopols werden alle Besitzer von Brennereigütern dorthin streben, ihr Rohmaterial, die Kartoffeln, sich selber anzuheben. Ein Kauf von Kartoffeln wird nur in seltenen Fällen stattfinden können. Die Einführung des Monopols ruiniert deshalb allen Landwirten, die Brennereien können für sie als Käufer aus. — Der Nutzen einer Brennerei für den Landwirtschaftlichen Betrieb ist unter den verschiedenen Verhältnissen ein recht großer. Diesen Vortheil werden sich unter dem Monopol indessen nur noch wenige Landwirte verschaffen können. Bwar sollen auch später neue Brennereianlagen im landwirtschaftlichen Interesse zulässig sein; die über die Zulassung entscheidende Monopolbehörde hat aber ein Interesse daran, neue Anlagen

wegen der jetzt schon vorhandenen Überproduktion an Spiritus zu verhindern, und ihre Anschauungen über das landwirtschaftliche Interesse werden von denen der Concessionsnachrichten grundverschieden sein. — Es wird immer von den Anhängern des Monopols und den Kartären so dargestellt, als ob die Kartoffelkrennerei das vitalste Interesse der Landwirtschaft auf leichten Böden sei. Bei Einführung des Monopols verlebt man dies Interesse für alle kleineren Besitzer, die sich nach wie vor ohne Brennerei durchzuschlagen müssen. Aber auch diejenigen Besitzer von Brennereien mögen es sich zweimal überlegen, ob sie dem Monopol ausstehen wollen. Auch unter jenen Verhältnissen ist es gut geleiteten Brennereien noch immer gelungen, die Kartoffeln zum jeweiligen Marktpreise zu vermerken und die entfallende Schlempe als reinen Gewinn nach Abzug aller Unkosten zu behalten. Freilich ist der gegenwärtige Kartoffelmarktpreis sehr niedrig, aber mehr als diesen Preis zu erzielen können die Brenner nicht verlangen. Wollten sie einen höheren Preis durch das Monopol erzielen, so würden sie — wie sich ein Spiritusindustrieller auf der letzten Generalversammlung der Spiritusindustriellen ausdrückte — verlangen, das für sie Vortheile aus dem Norden des armen Mannes geschrieben würden.

Endlich der hohe Ertrag des Monopols. — In der Einleitung zu den Motiven der Monopolvorlage wird dieselbe als ein neuer Schritt auf dem 1878 betretenen Wege der Reform der Wirtschaftspolitik dargestellt. Das seit 1878 erkämpfte und festgehaltene Ziel sei, die dem Reich vorbehaltene, ohne Zweifel einer noch weit höheren Leistung fähigen Einnahmequellen zu heben, daraus die eigenen Bedürfnisse des Reiches zu befriedigen und darüber hinaus den Einzelstaaten Einnahmen zu gewähren, die sie zu ihrer Selbstständigkeit und Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfen und die sie aus eigenen Einnahmen nicht mehr zu gewinnen vermögen. Die Gesetze über unser Bollwesen, die Tabaksteuer und die Stempelsteuer betreffenden Gesetze geben von der Verfolgung dieses Ziels Zeugnis. Manch anderer in dieser Richtung gemachte Schritt sei nicht gelungen, was bei den politischen Parteiverhältnissen nicht Wunder nehmen könnte, aber auch nicht entnuthigen dürfe, auf dem betretenen Wege fortzufahren. In dieser Überzeugung und im Hinblende auf den Fehlbeitrag im eigenen Staat, auf die historischen Mehrbedürfnisse des eigenen Landes, worunter die Erleichterung der Schul- und Kommunallasten obenanzusehen habe die preußische Regierung es sich angelegen sei ihnen zu lassen, die Reichssteuereform auf einem Gebiete vorzubereiten und weiterzuführen, auf welchem ein solcher Schritt ganz unbedenklich sei, auf dem der Brautweinsteuer. — Diese Einleitung erinnert an den berühmten Decemberbrief des Reichskanzlers, durch den unsere heutige Wirtschaftspolitik eingeleitet wurde. Alle jetzt in Aussicht gestellten Vortheile sollten damals schon eintreten. Eine Reform der direkten Steuern sollte ermöglicht werden, auch damals sollten Schul- und Kommunallasten erleichtert werden, ja damals glaubte man von dem Überschuss noch die Mittel übrig zu behalten, um die Beamtengehälter zu erhöhen. Kurz und gut, es wurde so dargestellt, als ob die neue Wirtschaftspolitik Überschuss an allen Ecken und Enden schaffen würde. Tats ist haben wir eine achtjährige Erfahrung auf diesem Gebiete hinter uns und Sie werden wohl alle darin mit mir übereinstimmen, daß unsere jenigen wirtschaftlichen Verhältnisse für uns viel schwieriger geworden sind, als sie es jemals zu den Zeiten des preußischen Freihandels — vollständigen Freihandel haben wir niemals gehabt — gewesen sind. Neue Einnahmen kann dem Reich mehr als 170 Mill. aus den Böllen und Stempelsteuern, dem Tabat z. erwachsen und etwa 20 Millionen stünden in Preußen an anderer Stelle erlassen werden. Zu dieser Belastung mit 150 Millionen kommen alle die Verluste hinzu, die jeder Einzelne in seinem Gewerbe durch die Umwandlung aller Boll- und wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten 8 Jahren erlitten hat und deren Betrag sich unserer Rechnung entzieht. Tats soll nun zu den alten Lasten wieder eine neue hinzugefügt werden und die Furcht ist mehr als begründet, daß die in Aussicht gestellten Erleichterungen abermals Zukunftsnüchtern bleiben werden. Man hat seit 8 Jahren immer neue Lasten auf die alten gehaftet, man hat niemals einen durchgreifenden Versuch gemacht, durch Verkürzung der Ausgaben unserer Steuerverhältnisse aufzuhören, man hat auch heute schon so viel Wechsel auf das Brautweinmonopol gezogen und stellt täglich neue aus, daß auch seine Einnahmen, mögen sie noch so groß sein, ungünstig und unzureichend sein werden. So lange die jetzt beliebte Methode befolgt wird, erst die Ausgaben zu bestimmen und danach die Einnahmen zu beschaffen, so lange eine Stelle — das Reich — Überschüsse zu erhalten, so lange eine Einzelstaatenverteilung und die letzteren über die Verwendung beschließen, so lange werden wir zu keiner geordneten Finanzpolitik kommen. Geordnete Zustände können nur eintreten, wenn die Körperschaft, die die Ausgaben beschließt, auch für die Beauftragung der Einnahmen zu sorgen hat. Nur in diesem Falle wird das Gefühl der vollen Verantwortlichkeit den beschließenden Körperschaften erhalten bleiben. Einnahmen, die uns zusieben, ohne daß wir bei ihrer Beauftragung mitgewirkt haben, verlieren uns zu leicht zu nicht notwendigen Ausgaben. Nur Sparfamkeit in den Staatsausgaben kann uns vor der steigenden Vermehrung unserer Lasten schützen. — Das Brautweinmonopol ist vielleicht geeigneter einen hohen Ertrag abzumachen, aber es ist doch mit so viel besondern, die Einnahmen verminderten Umständen verknüpft, daß es doch mehr als fraglich erscheint, ob sein Ertrag je die in Aussicht genommene Höhe von 300 Mill. m. wird erreichen können. Nach dem Entwurfe kauft die Monopolverwaltung den Rohspiritus der Brennereien zu einem Preise, der zwischen 30 und 40 M. nach dem 10jährigen Durchschnittspreise, mit Ümwegung des teuersten und billigsten Fahrganges, festgestellt worden ist. Für jetzt hat man 35 M. pro Hectoliter in Aussicht genommen. Der Verkaufspreis wird zwischen 2 und 3 M. pro Liter etwa das Drittel des Einkaufspreises betragen und dies repräsentiert einen hohen Bruttogewinn. Von diesem Gewinne gehen indessen ab die Verluste bei der Ausfuhr von Spiritus. — Schon jetzt werden etwa 1 Mill. Hectoliter Spiritus ausgeführt, und da die Produktion dieselbe bleibt wie bisher, der Konsum aber sinken soll, wird sich dies auszufüllende Quantum bedeutend vermehren. Auf dem Weltmarkt ist z. B. der Spiritus etwa 16 M. billiger als der Preis, den die Monopolverwaltung den Brennereien zahlt; an jedem ausgeführten Hectoliter Spiritus verliert also der Staat mindestens 16 M. Von dem Bruttogewinn gehen ferner ab die Kosten der Reinigung und der Fabrikation von Trinkbrautwein, die ganzen zu zahlenden Entschädigungen und die Prozente, die die Agenten und Verschleifer für den Betrieb des Brautweins beziehen. Alle diese Summen werden nicht geringe sein und den Renditegrad des Monopols herabdrücken. Wäre die Berechnung des Ertrages des Monopols übrigens so über jeden Zweifel erhaben, so würde die Regierung damit gewiss nicht so gehemt thun.

Nehmen wir aber einmal an, das Monopol habe den gehofften Erfolg, die Moralität steige, der Landwirtschaft wäre gehoben, die hohen Einnahmen ließen sich erzielen, welchen Preis zahlen wir für diese Dinge?

Zunächst ist in die Augen springend, daß wir hunderttausende von Existenz vernichten müssen, um das Ziel zu erreichen. Alle Schankwirthe, Klembändler mit Brautwein, Destillatoren, Likauerfabrikanten werden aus ihrem bisherigen Gewerbe herausgesetzt und ihre Existenz, mindestens zeitweise, vernichtet. Sie sollen war eine Entschädigung erhalten, die selbe ist nach dem Entwurf aber unzureichend. Die Entschädigungen sollen bei den Gewerbetreibenden mit technischen Kenntnissen das 2-5fache Jahreseinkommen, bei den Schankwirten das 1-2fache Jahreseinkommen betragen, sofern überhaupt Entschädigungen gewährt werden. Welch Beamter würde z. B. eine so geplante Entschädigung, wenn man ihm sein Amt nähme, für ausreichend halten? Wohl keiner. Den aus ihrem Gewerbe entfernten Leuten wird der Übergang zu einem anderen Gewerbe empfohlen, aber abgelehnt davon, daß es immer möglich ist einen Beruf aufzugeben und dafür in oft schon vorgeübten Jahren einen anderen zu ergreifen, vermehren die aus dem Brautwein gewerbe entfernten Personen die Konkurrenz in den neuengeworbenen Berufsfreizeiten und schädigen durch andere Berufsfreizeiten. Freilich handelt es sich hier zumeist um kleinere Leute, die es nicht verstehen werden, die Not, in die man sie versetzt hat,

só laut zur Geltung zu bringen, als es Herr v. Below-Saleze als Vorstand der pommerschen ökonomischen Gesellschaft für die Landwirtschaft gehabt hat, aber das Glend und die Not aller dieser kleinen Leute wird nicht minder groß sein, wenn es stillschweigend getragen wird. Es gibt nach einer Angabe in den Motiven das vitalste Interesse der Landwirtschaft auf leichten Böden sei. Bei Einführung des Monopols verlebt man dies Interesse für alle kleineren Besitzer, die sich nach wie vor ohne Brennerei durchzuschlagen müssen. Aber auch diejenigen Besitzer von Brennereien mögen es sich zweimal überlegen, ob sie dem Monopol ausstehen wollen. Auch unter jenen Verhältnissen ist es gut geleiteten Brennereien noch immer gelungen, die Kartoffeln zum jeweiligen Marktpreise zu vermerken und die entfallende Schlempe als reinen Gewinn nach Abzug aller Unkosten zu behalten. Freilich ist der gegenwärtige Kartoffelmarktpreis sehr niedrig, aber mehr als diesen Preis zu erzielen können die Brenner nicht verlangen. Wollten sie einen höheren Preis durch das Monopol erzielen, so würden sie — wie sich ein Spiritusindustrieller auf der letzten Generalversammlung der Spiritusindustriellen ausdrückte — verlangen, das für sie Vortheile aus dem Norden des armen Mannes geschrieben würden.

Endlich der hohe Ertrag des Monopols. — In der Einleitung zu den Motiven der Monopolvorlage wird dieselbe als ein neuer Schritt auf dem 1878 betretenen Wege der Reform der Wirtschaftspolitik dargestellt. Das seit 1878 erkämpfte und festgehaltene Ziel sei, die dem Reich vorbehaltene, ohne Zweifel einer noch weit höheren Leistung fähigen Einnahmequellen zu heben, daraus die eigenen Bedürfnisse des Reiches zu befriedigen und darüber hinaus den Einzelstaaten Einnahmen zu gewähren, die sie zu ihrer Selbstständigkeit und Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfen und die sie aus eigenen Einnahmen nicht mehr zu gewinnen vermögen. Die Gesetze über unser Bollwesen, die Tabaksteuer und die Stempelsteuer betreffenden Gesetze geben von der Verfolgung dieses Ziels Zeugnis. Manch anderer in dieser Richtung gemachte Schritt sei nicht gelungen, was bei den politischen Parteiverhältnissen nicht Wunder nehmen könnte, aber auch nicht entnuthigen dürfe, auf dem betretenen Wege fortzufahren. In dieser Überzeugung und im Hinblende auf den Fehlbeitrag im eigenen Staat, auf die historischen Mehrbedürfnisse des eigenen Landes, worunter die Erleichterung der Schul- und Kommunallasten obenanzusehen habe die preußische Regierung es sich angelegen sei ihnen zu lassen, die Reichssteuereform auf einem Gebiete vorzubereiten und weiterzuführen, auf welchem ein solcher Schritt ganz unbedenklich sei, auf dem der Brautweinsteuer. — Diese Einleitung erinnert an den berühmten Decemberbrief des Reichskanzlers, durch den unsere heutige Wirtschaftspolitik eingeleitet wurde. Alle jetzt in Aussicht gestellten Vortheile sollten damals schon eintreten. Eine Reform der direkten Steuern sollte ermöglicht werden, auch damals sollten Schul- und Kommunallasten erleichtert werden, ja damals glaubte man von dem Überschuss noch die Mittel übrig zu behalten, um die Beamtengehälter zu erhöhen. Kurz und gut, es wurde so dargestellt, als ob die neue Wirtschaftspolitik Überschuss an allen Ecken und Enden schaffen würde. Tats ist haben wir eine achtjährige Erfahrung auf diesem Gebiete hinter uns und Sie werden wohl alle darin mit mir übereinstimmen, daß unsere jenigen wirtschaftlichen Verhältnisse für uns viel schwieriger geworden sind, als sie es jemals zu den Zeiten des preußischen Freihandels — vollständigen Freihandel haben wir niemals gehabt — gewesen sind. Neue Einnahmen kann dem Reich mehr als 170 Mill. aus den Böllen und Stempelsteuern, dem Tabat z. erwachsen und etwa 20 Millionen stünden in Preußen an anderer Stelle erlassen werden. Zu dieser Belastung mit 150 Millionen kommen alle die Verluste hinzu, die jeder Einzelne in seinem Gewerbe durch die Umwandlung aller Boll- und wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten 8 Jahren erlitten hat und deren Betrag sich unserer Rechnung entzieht. Tats soll nun zu den alten Lasten wieder eine neue hinzugefügt werden und die Furcht ist mehr als begründet, daß die in Aussicht gestellten Erleichterungen abermals Zukunftsnüchtern bleiben werden. Man hat seit 8 Jahren immer neue Lasten auf die alten gehaftet, man hat niemals einen durchgreifenden Versuch gemacht, durch Verkürzung der Ausgaben unserer Steuerverhältnisse aufzuhören, man hat auch heute schon so viel Wechsel auf das Brautweinmonopol gezogen und stellt täglich neue aus, daß auch seine Einnahmen, mögen sie noch so groß sein, ungünstig und unzureichend sein werden. So lange die jetzt beliebte Methode befolgt wird, erst die Ausgaben zu bestimmen und danach die Einnahmen zu beschaffen, so lange eine Stelle — das Reich — Überschüsse zu erhalten, so lange eine Einzelstaatenverteilung und die letzteren über die Verwendung beschließen, so lange werden wir zu keiner geordneten Finanzpolitik kommen. Geordnete Zustände können nur eintreten, wenn die Körperschaft, die die Ausgaben beschließt, auch für die Beauftragung der Einnahmen zu sorgen hat. Nur in diesem Falle wird das Gefühl der vollen Verantwortlichkeit den beschließenden Körperschaften erhalten bleiben. Einnahmen, die uns zusieben, ohne daß wir bei ihrer Beauftragung mitgewirkt haben, verlieren uns zu leicht zu nicht notwendigen Ausgaben. Nur Sparfamkeit in den Staatsausgaben kann uns vor der steigenden Vermehrung unserer Lasten schützen. — Das Brautweinmonopol ist vielleicht geeigneter einen hohen Ertrag abzumachen, aber es ist doch mit so viel besondern, die Einnahmen verminderten Umständen verknüpft, daß es doch mehr als fraglich erscheint, ob sein Ertrag je die in Aussicht genommene Höhe von 300 Mill. m. wird erreichen können. Nach dem Entwurfe kauft die Monopolverwaltung den Rohspiritus der Brennereien zu einem Preise, der zwischen 30 und 40 M. nach dem 10jährigen Durchschnittspreise, mit Ümwegung des teuersten und billigsten Fahrganges, festgestellt worden ist. Für jetzt hat man 35 M. pro Hectoliter in Aussicht genommen. Der Verkaufspreis wird zwischen 2 und 3 M. pro Liter etwa das Drittel des Einkaufspreises betragen und dies repräsentiert einen hohen Bruttogewinn. Von diesem Gewinne gehen indessen ab die Verluste bei der Ausfuhr von Spiritus. — Schon jetzt werden etwa 1 Mill. Hectoliter Spiritus ausgeführt, und da die Produktion dieselbe bleibt wie bisher, der Konsum aber sinken soll, wird sich dies auszufüllende Quantum bedeutend vermehren. Auf dem Weltmarkt ist z. B. der Spiritus etwa 16 M. billiger als der Preis, den die Monopolverwaltung den Brennereien zahlt; an jedem ausgeführten Hectoliter Spiritus verliert also der Staat mindestens 16 M. Von dem Bruttogewinn gehen ferner ab die Kosten der Reinigung und der Fabrikation von Trinkbrautwein, die ganzen zu zahlenden Entschädigungen und die Prozente, die die Agenten und Verschleifer für den Betrieb des Brautweins beziehen. Alle diese Summen werden nicht geringe sein und den Renditegrad des Monopols herabdrücken. Wäre die Berechnung des Ertrages des Monopols übrigens so über jeden Zweifel erhaben, so würde die Regierung damit gewiss nicht so gehemt thun.

Nehmen wir aber einmal an, das Monopol habe den gehofften Erfolg, die Moralität steige, der Landwirtschaft wäre gehoben, die hohen Einnahmen ließen sich erzielen, welchen Preis zahlen wir für diese Dinge? Zunächst ist in die Augen springend, daß wir hunderttausende von Existenz vernichten müssen, um das Ziel zu erreichen. Alle Schankwirthe, Klembändler mit Brautwein, Destillatoren, Likauerfabrikanten werden aus ihrem bisherigen Gewerbe herausgesetzt und ihre Existenz, mindestens zeitweise, vernichtet. Sie sollen eine Entschädigung erhalten, die selbe ist nach dem Entwurf aber unzureichend. Die Entschädigungen sollen bei den Gewerbetreibenden mit technischen Kenntnissen das 2-5fache Jahreseinkommen, bei den Schankwirten das 1-2fache Jahreseinkommen betragen, sofern überhaupt Entschädigungen gewährt werden. Welch Beamter würde z. B. eine so geplante Entschädigung, wenn man ihm sein Amt nähme, für ausreichend halten? Wohl keiner. Den aus ihrem Gewerbe entfernten Leuten wird der Übergang zu einem anderen Gewerbe empfohlen, aber abgelehnt davon, daß es immer möglich ist einen Beruf aufzugeben und dafür in oft schon vorgeübten Jahren einen anderen zu ergreifen, vermehren die aus dem Brautwein gewerbe entfernten Personen die Konkurrenz in den neuengeworbenen Berufsfreizeiten und schädigen durch andere Berufsfreizeiten. Freilich handelt es sich hier zumeist um kleinere Leute, die es nicht verstehen werden, die Not, in die man sie versetzt hat,

nicht in dem ersten Berlin, sondern in einem südlichen Lande, wo das Blut leichter und schneller schlägt, zu sein. Alle diese „Schergen“ dürfen von nun an nicht mehr stattfinden. Der Polizeipräsident hat sein „Beto“ eingezogen; zahlreiche Schutzeleute werden in den Sälen anwesend sein, bereit, mit kräftiger Hand die Schreier herauszuholen und eventuell zu töten. Überall wurde heute die Verbordung fristlos und beprobten. Zweifellos wird sie gebilligt, doch gibt es auch Biele, die befürworten, daß ein Stückchen des „fröhlichen“ Berlins mit einem Schlag vernichtet werden soll.

Berlin, 18. Februar. Für die König. Oper ist eine junge Amerikanerin, Fil. Parepa, für kleinere Rollen verpflichtet worden. — Vor einigen Tagen sang ein Mauergefelle aus der Altmark auf der Bühne der königl. Oper zu Berlin Probe. Er hat eine schöne und bildungsfähige Tenorsstimme, hat aber durchaus noch nichts gelernt, sie ist kaum musikalisch. Unter solchen Umständen hatte das Probensingen hier natürlich keinen Zweck. Wie viele gute Stimmen, so bemerkte hier die „B.B.-S.“, mögen der Bühne verloren gehen, weil die Mittel zur Ausbildung derselben fehlen.

Berlin, 18. Februar. Für die König. Oper ist eine junge Amerikanerin, Fil. Parepa, für kleinere Rollen verpflichtet worden. — Vor einigen Tagen sang ein Mauergefelle aus der Altmark auf der Bühne der königl. Oper zu Berlin Probe. Er hat eine schöne und bildungsfähige Tenorsstimme, hat aber durchaus noch nichts gelernt, sie ist kaum musikalisch. Unter solchen Umständen hatte das Probensingen hier natürlich keinen Zweck.

Berlin, 18. Februar. Der Verkauf des Markthallen-Circus in Berlin an den bekannten Circus-Director Oskar Carré ist durch Anzahlung von 300 000 M. zur Thatstafe geworden; das Kaufaufrecht des Hrn. Director E. Renz ist damit erloschen.

Berlin, 18. Februar. Die Marggraff-Gedenktafel, welche an dem vom „alten Marggraff“ nahezu 60 Jahre bewohnten Haus Sophiestraße Nr. 12 angebracht worden, ist heute Nachmittag feierlich enthüllt worden. Der eigentlichem Entstehung ging eine Gedächtnissfeier voran, die im reich geschmückten Saale des Handwerkervereins stattfand.

In Frankfurt ist der Violin-Virtuose und Componist, Musik-Director Elias im Lebensalter von 75 Jahren gestorben. Elias war in Frankenthal in der Pfalz geboren, studierte Musik in Paris bei Baillot und war dann in London lange Zeit Musicdirector des Drury-Lane-Theaters.

\* Die Sängerin Bianca Donadio ist nicht in ein Kloster gegangen. Sie selbst schreibt, daß diese Nachricht auf Erfindung beruhe und daß sie niemals davon gedacht habe, einen ähnlichen Schritt zu thun.

\* Professor Ernst Hänel, der verdienstvolle Bildhauer Dresdens, feiert im Laufe des März seinen fünfundfünfzigsten Geburtstag. Seine sämtlichen Schüler werden dem verehrten Meister ein Album mit ihren Photographien widmen. Hoffentlich läßt auch die Dresdener Kunstgenossenschaft diese Gelegenheit nicht vorübergehen, ohne dem Nestor der Dresdner Bildhauer eine seiner Bedeutung für die moderne Kunst angemessene Huldigung zu bringen.

\* Emil Thomas will das Königstädtische Theater in Berlin vom September ab übernehmen und dafelbe zu einem Volkstheater umwandeln.

\* In Nachod (Böhmen) ist dieser Tage der 98jährige Veteran A. Sauerstrom gestorben, der noch in der Schlacht bei Leipzig mitgefght hat.

Heidelberg, 16. Februar. Der 60. Geburtstag J. B. Scheffels, der seit einiger Zeit zur Erholung bei uns weilt, wurde heute in einfacher, aber würdiger Weise gefeiert. Einige Freunde des Jubilars hatten sich mit der Stadt vereinigt und für den heutigen Abend eine Schlossbeleuchtung veranstaltet, die trotz leichtem Nebels sehr gut gelang. Während das Schloss in bengalischer Beleuchtung erstrahlte, trug eine Musikkapelle die Scheffelschen Lieder von Alt-Heidelberg und vom Rodenstein vor. Eine Deputation, aus dem Oberbürgermeister und zwei Stadträten bestehend, überreichte dem Dichter das Ehrenbürgerrecht der Stadt Heidelberg.

Prag, 17. Februar. Das „Kuttenberger Localblatt“ berichtet über eine sensationelle Mordaffäre, wonach ein Gendarm einen Schweinhändler, der ihm ein sicherer Geleite ersucht hatte, von rückwärts mit dem Revolver niedergestochen und um einen Betrag von 1700 fl. beraubt hätte. Das Mordattentat wurde von einem zufälligerweise in der Nähe befindlichen Förster und einem Heger beobachtet, welche sodann dem betreffenden Gendarm bis in das nächste Dorf nachfolgten, wo er im Wirthshause einkehrte. Sie fragten ihn, ob er in der Nähe auf eine Lüche gesessen sei, worauf der Gendarm erbleichte und die Flucht ergreifen wollte. Der Wirth, sowie die Gäste nahmen denselben jedoch fest, bevor er zum Gewehr greifen konnte, und überredeten ihn der Gemeindebehörde.

Berlin, 19. Februar. Das „Kuttenberger Localblatt“

berichtet über eine sensationelle Mordaffäre, wonach ein Gendarm einen Schweinhändler, der ihm ein sicherer Geleite ersucht hatte, von rückwärts mit dem Revolver niedergestochen und um einen Betrag von 1700 fl. beraubt hätte. Das Mordattentat wurde von einem zufälligerweise in der Nähe befindlichen Förster und einem Heger beobachtet, welche sodann dem betreffenden Gendarm bis in das nächste Dorf nachfolgten, wo er im Wirthshause einkehrte. Sie fragten ihn, ob er in der Nähe auf eine Lüche gesessen sei, worauf der Gendarm erbleichte und die Flucht ergreifen wollte. Der Wirth, sowie die Gäste nahmen denselben jedoch fest, bevor er zum Gewehr greifen konnte, und überredeten ihn der Gemeindebehörde.

Aufgebot: Kaufmann Albert Otto Hermann Kroll

hier und Elisabeth Auguste Oberpichler in Königsberg.

— Kaufmiede Ferdinand Marquardt und Barbara

— Seefahrer August Richard Möwius und

Otilie Wilhelmine Marie Schwarz. — Schlosser August

Hinz in Elbing und Bertha Caroline Englich daselbst.

Todesfälle: Arzt Michael Henning, 57 J. —

L. d. Schuhmachermeisters August Wengenroth, 57 M. —

Weldiner Adolf Heinrich Alexander Rüdiger, 31 J. —

S. d. Klempner Hermann Dannehl, 2 W. — S. d. Arb. Carl Gurr, 6 J. — Arb. Albert Rudolf Sandelstädt, 18 J. — L. d. Arb. Rudolf Körner, 5 M. —

S. d. Bernsteinarbeiter George Mierau, 11 M. —

Schiffsmann Fritz Spanning Mierau, 11 M. —

# Waldsamen-Verkauf.

Kieferlämmer 50 kg 200 M., Färchenbaum 120 M., Fichten 80 M., Weißerle 90, Rotherle 55, Ahorn und Birke 20 M. u. 15 M., verkauf unter Garantie für Seimkraft. Der Förster Steinkopf zu Schleiden in Schleiden.

Gut Hoch-Kelpin bei Danzig hat 100 junge angefl. Hammel z. Verkauf.

Ein Cigarrenengeschäft und ein Bierverlagsgeschäft, beide in Danzig und gut eingeführt zu verl. F. Anderien, Fleischberg. 68 M.

Ein gut erhaltenes Doppel-Pult wird zu kaufen gesucht. Adressen unter Nr. 8042 in der Exped. dieser Zeitung erbitten.

**1400 Thlr.**

suche ich zur 1. Stelle auf mein Grundstück in Czerniau bei G. Trampen. (8184)

Johann Kosseki, Czerniau Nr. 16.

Auf eine Besitzung im Danziger Werder, 6 culm. Hufen groß, werden

**60 000 Mf.**

zur 1. Stelle gesucht. Grundsteuer-Reinertrag 3300 M.

Gef. Offerten nimmt Otto Schwarz,

Danzig, entgegen. (7987)

Zur Uebernahme eines alten, gut eingeführten Geschäfts sucht ein Kaufmann einen tüchtigen oder thätigen Theilnehmer mit 20 000–30 000 M.

Adressen unter 7803 in der Exped. dieser Zeitung erbitten.

**Heirat**

Weichherrenvorläger erhalten Sie sofort, verhüllte Con-

vert (österl.) Boro 20 M.

General-Agentur, Berlin S.W. 61. F. Schmidt.

**Gin Lehrling**

mit den nötigen Schulfreitagen kann sofort in mein Tuch-, Manufakt., Mode- u.

Kürzwaren-Geschäft eintreten.

**L. Cohn**, Bülow in Pomm.

Für ein 40 Jahre altes, sehr renommiertes und bedeutendes Destillationsgeschäft – große Rentabilität nachweisbar – wird ein

**Socius**

mit 30 bis 40 000 M. gesucht.

Offerten unter 7890 in der Exped.

d. Stg. erbitten.

Zum 2. April suche einen Commiss

für mein Detailgeschäft. 8157) M. A. Hesse.

Für unter Holzportgeldsucht suchen wir einen Lehrling zum

1. April oder früher gegen Remuneration. (8161)

Herrmann Weinberg & Co.

**Gin Lehrling**

mit guter Schulbildung kann in unser Eigengeschäft sofort eintreten.

Ludw. Zimmermann Nachf.

Tüchtige, verheirathete u. unverheirathete

**Gärtner**

werden den hohen Herrschaften zu jederzeit kostenfrei nachgewiesen durch Kunst- u. Handelsdichter in Neufahrnauer.

**Einen Lehrling,**

Sohn achtbarer Eltern, mos., mit

guter Schulbildung, suche für mein

Posamentir-, Kurz- u. Weisshaaren-

Geschäft unter sehr vorteilhaften

Bedingungen von sofort zu engagieren.

M. L. Wohlgemuth, Danzig.

**Einen jungen Mann**, welcher das

Gremian der Landwirtschaftsschule

gemacht hat, 4 Jahre in der Wirthschaft

tätig ist, sucht gestiftet auf gute Bezahlung

zur weiteren Ausbildung Stellung

als Beamter oder Volontär. Adressen unter B. C. postlagernd Marienburg.

Eine Wirtshafterin, d. einem städt.

Haushalt mehrere Jahre vorge-

standen hat, sucht eine ähnliche Stelle;

sie ist auch fähig die Pflege einer frischen Dame z. übern. Gute Bezahlungen vorh.

Ad. unter 8075 in der Expedition erh.

Eine Dame, Ans. 30x, sehr erfahren

in Kochkunst, allen Zweigen der

Wirthschaft, sow. auch im Unterricht,

sucht mögl. Stell. z. Führ. i.

Hausb. u. Erzieh. d. Kinder. Näch.

Ausk. erth. gern Fr. Rittergutsbesitzer

Kratz, Cölemühl b. Damertow i. Pomm.

**Ein j. ansprachl.**

**Mädchen,**

musik., sucht eine Stelle zur

Gesellschaft einer Dame oder

Hilfe in der häuslichen

Öfferten unter Nr. 8115 in der

Exped. d. Stg. erbitten.

In Stolp in Pomm. ist ein

**Laden**

mit Wohnung,

am Markt, feinte Geschäftslage, zum

1. April cr. zu vermieten.

Offerten unter Nr. 7675 in der

Exped. d. Stg. erbitten.

**Wohlführungsgasse 13** ist ein z. Komto-

oraeignes Zimmer zu vermieten.

Gin Laden wird sofort oder per

1. April cr. in der Langgasse od.

deren Nähe gehünt. Adressen unter

8169 in der Exped. d. Reita. erbitten.

Mittagsanfangsgasse 31 ju. d.

nach zwei herrschaftliche Wohn-

ungen von 5 Zimmern, Bade-

einrichtung u. Nebengelaß und

eine Wohnung von 4 Zimmern

per April zu vermieten. (7718)

Druck u. Verlag v. V. W. Kafemann

in Danzig.

# Pfandbrief-Kündigung.

Unsere 4½ procent., pari rückzahlbaren Pfandbriefe

## Serie IX

mit April- und Oktober Zins, kündigen wir hiermit

zur Rückzahlung zum 30. September 1886,

von welchem Tage ab diese hiermit aufgerufenen Pfandbriefe außer Verzinsung treten.

Die Einlösung dieser Pfandbriefe gegen Baar erfolgt von heute ab an unserer Kasse und

bei allen bekannten Pfandbriefverkaufs- und Coupon-einlösungs-Stellen.

Berlin, den 17. Februar 1886.

8134

Preussische Hypotheken-Actien-Bank.  
Sanden. Schmidt.

## Pfandbrief - Einlösung.

Unsere sämtlichen bisher zur Rückzahlung aufgerufenen und später fällig werdenden Pfandbriefe lösen wir schon jetzt, sofern uns dieselben bis

eingereicht werden, unter nachstehenden Bedingungen gegen Baar ein.

**Serie I, fällig am 30. Juni 1886:**

4½ % laufende Zinsen bis zum Einlösungstage und 2½ % p. a. von da bis zum Fälligkeitstermine;

**Serie V, fällig am 30. Juni 1886:**

5% laufende Zinsen bis zum Einlösungstage und 2½ % p. a. von da bis zum Fälligkeitstermine;

**Serie VI, fällig am 31. März 1886:**

5% laufende Zinsen bis zum Einlösungstage und 2½ % p. a. von da bis zum Fälligkeitstermine;

**Serie VI, fällig am 30. Juni 1886:**

5% laufende Zinsen bis zum Einlösungstage und 2½ % p. a. von da bis zum Fälligkeitstermine;

**Serie VII, fällig am 31. Juli 1886:**

4½ % laufende Zinsen bis zum Einlösungstage und 2½ % p. a. von da bis zum Fälligkeitstermine;

**Serie IX, fällig am 30. September 1886:**

4½ % laufende Zinsen bis zum Einlösungstage und 2½ % p. a. von da bis zum Fälligkeitstermine.

Die Einlösung erfolgt an unserer Kasse und bei allen bekannten Pfandbriefverkaufs- und Coupon-einlösungs-Stellen.

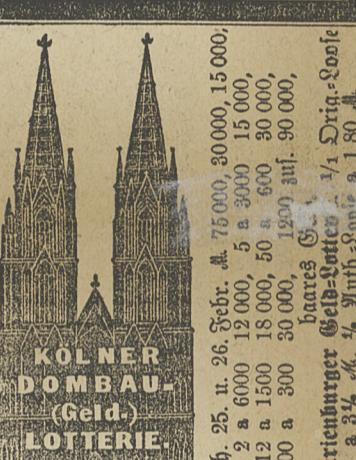
Berlin, den 17. Februar 1886.

8134

Preussische Hypotheken-Actien-Bank.  
Sanden. Schmidt.

8134

Siedentop's Nachfolger  
Bahnarzt Peters.  
Langgasse 28.



KOLNER  
DOMBAU-  
(Geld)-  
LOTTERIE

Porto und Ziff. Zich. 25. u. 26. Febr. A. 75 000, 30 000, 15 000,  
2 a 6000 12 000, 5 a 3000 15 000,  
12 a 1500 18 000, 50 a 600 30 000,  
100 a 300 18 000, auf 90 000,  
100 a 150 30 000, auf 1,80 M.

Römerlotto 1 a 1 M., 11 Stidt 10 M.  
Ziehung 19.—27. April 1886. Alle  
4 Lotte und Ziffern franco 11 M.

J. A. Zimmermann,  
Anderbach a. Rh. (7579)

20. Kölner  
Dombau-Lotterie.

Ziebung am 25. u. 26. Februar cr.  
Gewinnspiel: M. 75 000, 30 000, 15 000,  
2 a 6000, 5 a 3000, 12 a 1500 cr.  
Kleiner Gewinn A. 60.  
Original-Lotto a. M. 3,50

D. Lewin,  
Berlin C. Spandauerbrücke 16.

Blasenkrankheiten

(auch Bettu., Stein u. Geschlecht.,  
Schwäche, Impotenz, Frauenkrankh.,  
selbst in den verzu. Fällen, heilt sicher  
in kurzer Zeit. — Prop. gratis.

F. C. Bauer, Specialist, Basel-  
Binningen (Schweiz). (4861)

Röhleder-Handschuhe

werden höchst sauber gewaschen und  
gefärbt.

Glacée-Handschuhe

werden geruchslos und gut gewaschen.

Militär-Handschuhe

a Baar 10 M.

Um gefl. Aufträge bitte ergeben  
die vermittelte Post-Sekretär

Joh. Freundt,  
Paradiesgasse Nr. 19.

Spätflee,

garantiert reine unvermischt insländische Saat, unterlucht, seidefrei,

empfohlen und sendet Proben franco

W. Ruhemann,  
Culm Westpr. (7950)

Ein gut erhaltener

Blüthner'scher Flügel

ist für 550 M. zu verkaufen.

Befestigung zwischen 3 u. 4 Uhr

Popengasse 19 II. (8039)